

'Internationale Komitee vom Roten Kreuz' (IKRK) und die französische Hilfsorganisation 'Solidarités' gewarnt. In Kabul seien tausende Menschen zum Teil bei Minusgraden gezwungen, in ausgebombten Häusern und damit praktisch unter freiem Himmel zu kampieren. An die 4.000 bedürftigsten Familien hätten beide Organisationen in den letzten Tagen Decken, Holzkohleöfen und Holzkohle verteilt, aber das reiche bei weitem nicht aus. Wenn nicht zusätzliche Hilfe käme, würden Tausende den kommenden Winter nicht überleben.

Bereits Mitte Dezember hatte die ebenfalls in Kabul tätige Hilfsorganisation 'CARE International' dazu aufgerufen, den Druck auf die afghanischen Fraktionen zu erhöhen, die Blockade Kabuls aufzuheben. Ein besonderes Problem sei die Wasserversorgung der 1,5 bis 2 Millionen Menschen in der Stadt. Es

gäbe einige Fraktionen, "die bestimmte Kriegsziele haben, denen es nicht dient, wenn die Bevölkerung der Hauptstadt versorgt wird", so 'CARE'-Sprecher Peter McAllister. Eine UNO-Sprecher in Islamabad warnte vor Versorgungsengpässen vor allem bei Brenn- und Treibstoffen, da mit einer Ausnahme alle Zufahrtsstraßen nach Kabul blockiert würden. Aber auch die letzte Verbindung wird von Banditen unsicher gemacht.

### Gefechte an Grenze zu Tadjikistan

Erstmals seit mehreren Monaten hat wieder eine größere Gruppe tajikischer Rebellen versucht, von Afghanistan aus nach Tadjikistan einzudringen. Dabei wurde sie von russischen Grenzsoldaten gestellt, die aufgrund von Vereinbarungen im Rahmen der GUS die tajikisch-afghanische Grenze bewachen. Un-

ter Einsatz von Raketen und Kampfflugzeugen seien mehr als 65 Aufständische getötet worden; die Russen hätten keine Verluste erlitten.

Die tajikischen Rebellen - die einer heterogenen Allianz aus Islamisten, Demokraten und Regionalisten angehören - bekämpfen seit 1992 die postkommunistische Regierung in Duschambe und nutzen dabei auch Stützpunkte in Nordafghanistan, wo zahlreiche tajikische Flüchtlinge leben. Seit Ende 1994 gilt allerdings ein Waffenstillstand, und seit Ende November verhandelten beide Seiten in der turkmenischen Hauptstadt Aschchabad über ein Ende des Bürgerkriegs. Die Gespräche waren jedoch Mitte Dezember ausgesetzt worden und sollen nun Mitte Januar neu beginnen. Auch Kabul hatte sich in Vermittlungsbemühungen eingeschaltet, die unter Schirmherrschaft der UNO und Rußlands stattfinden.

## Wasser in den afghanischen Sumpf

**Pakistan spielt eine unheilvolle Rolle im afghanischen Bürgerkrieg, besteht aber offiziell darauf, "neutral" zu sein. Die afghanisch-pakistanischen Beziehungen aus Kabuler Sicht betrachtet Thomas Ruttig, die aus der Sicht Islamabads Jorge Scholz (im Pakistan-Teil dieser Ausgabe).**

1988 oder 1989, noch während der sowjetischen Besetzung Afghanistans, schlug der Amir der 'Islamischen Partei Afghanistans' Gulbuddin Hekmatyar die Bildung einer Konföderation zwischen seinem Land und Pakistan vor. Einigen Quellen zufolge soll dies auf einen Brief des damaligen Chefs des pakistanischen Geheimdienstes ISI (Inter-Services Intelligence), General Hamid Gul, zurückgehen sein. Den Hintergrund dieses Vorstoßes bildete die ideologische Ausrichtung der Hekmatyar-Partei auf den Panislamismus. Ziel der Anhänger dieser islamistischen Strömung ist die Wiedererrichtung des von ihnen idealisierten Kalifats aus der Frühzeit des Islam und der einheitlichen Gemeinschaft aller Muslime (umma) ohne nationale Grenzen.

Hoffnungen über eine Verwirklichung dieses Traums hatten angesichts des damals bereits vereinbarten Rückzugs der sowjetischen Truppen - damit wurde indirekt deren Niederlage gegen die "islamischen Glaubenskämpfer" einge-

standen -, des beginnenden Zerfalls der Sowjetunion und der damit verbundenen "Befreiung" deren "islamischer" Teilrepubliken einen Aufschwung erlebt. Zudem bildet der Panislamismus einen Grundpfeiler der Partei 'Jamaat-e-Islami', Hekmatyars Hauptverbündetem in Pakistan, die zudem vor allem im ISI und der 'Afghanistan Cell' der pakistanischen Regierung über erheblichen Einfluß verfügte.

Hekmatyars Vorschlag rief allerdings - wohl zu dessen eigener Überraschung - einen einhelligen Sturm der Entrüstung bei allen afghanischen Konfliktparteien hervor, sowohl bei den Mujahedin als auch bei der in Kabul regierenden 'Vaterlandspartei' ('Hezb-e Watan', bis zu ihrer Umbenennung 'Demokratische Volkspartei Afghanistans'/DVPA). Der damalige Kabuler Präsident Najibullah konnte daraus sogar für seine "Politik der nationalen Aussöhnung" - einer afghanischen Perestroika-Variante - Kapital schlagen, weil sich damit zumindest ein Teil der "islamischen" Regierungs-

gegner offen als "unpatriotisch" erwiesen hatte. Gerade aber national-patriotische Züge einschließlich einer Rückbesinnung auf das "islamische" Erbe des Landes charakterisierten die Aussöhnungspolitik der neuen Führung seiner ursprünglich sozialistisch orientierten Watan-Partei.

### 1947 bis 1992: Die Paschtunistan-Frage

Diese Episode warf ein bezeichnendes Licht auf das Verhältnis zwischen Afghanistan und Pakistan. Seit dem Entstehen Pakistans nach der Teilung des Subkontinents 1947 befanden sich beide Nachbarstaaten meilenweit von freundschaftlichen Beziehungen entfernt. Dabei hatte aus afghanischer Sicht alles gut angefangen: Immerhin war mit Pakistan ein moslemischer Bruderstaat entstanden, und der Erzfeind Großbritannien, das dreimal - 1839-42, 1878-80, 1919 - versucht hatte, sich von Indien aus als Kolonialmacht in Afghanistan zu etablieren, verschwand von den Grenzen des Landes. Afghanische (paschtunische) "Freiwillige" griffen im Oktober 1947 sogar auf Seiten Pakistans in dessen erste kriegerische Auseinandersetzung mit Indien um Jammu & Kashmir ein und halfen, "Azad Kashmir" zu etablieren, das bis heute de jure ein Pakistan assoziierter Staat ist. Andererseits nahm Indien diese "ausländische Einmischung" zum Anlaß, den Maharaja von Kaschmir als Gegenleistung für militärischen Beistand zum Beitritt zur Indischen Union zu bringen.

Doch aus afghanischer Sicht war Pakistan mit einem schwerwiegenden Geburtsfehler behaftet: Es inkorporierte die

1893 in Folge des Durand-Abkommens durch die Briten von Afghanistan abgetrennten Paschtunengebiete östlich des Khyber-Passes, die als 'North West Frontier Province' (NWFP) einen der vier konstitutiven Bestandteile Pakistans bilden. Sie wird durch die sogenannte 'Durand Line' von Afghanistan abgegrenzt. Ein im Teilungsplan Lord Mountbattens, des letzten britischen Vizekönigs von Indien, vorgesehener Volksentscheid in der NWFP fand zwar statt, war aber offensichtlich stark zugunsten Pakistans manipuliert. Während Pakistan behauptet, etwas mehr als 50 Prozent der Stimmberechtigten hätten sich an der Abstimmung beteiligt, hatten nach Kabuler Ansicht mehr als die Hälfte die Abstimmung boykottiert, so daß die Abstimmung ungültig sei. Vor allem bemängelte die afghanische Regierung, daß den Bewohnern der NWFP nur die Wahl zwischen dem Anschluß an Pakistan oder Indien gelassen wurde und die Option der Unabhängigkeit nicht vorgesehen war.

Zudem betrachtet Afghanistan Pakistan nicht als Rechtsnachfolger Britisch-

Indiens. Es hat deshalb nach dessen Entstehung noch einmal ausdrücklich alle mit den Briten abgeschlossenen Verträge, darunter den über die Durand Line, für nichtig erklärt. Allerdings sprachen sich seitdem alle afghanischen Regierungen explizit für eine friedliche Regelung des Grenzproblems und das Selbstbestimmungsrecht der Paschtunen innerhalb Pakistans aus.

Trotzdem hat die "Paschtunistan-Frage" seitdem mehrmals zu erheblichen bilateralen Spannungen geführt. Vor allem der nationalistisch gesonnene, ehemalige afghanische Ministerpräsident bzw. Staatschef Mohammad Daud (1953-63 u. 1973-78) versuchte mehrmals, das Grenzproblem als Druckmittel gegen Pakistan einzusetzen. Kabul unterstützte stets Aufstandsbewegungen der pakistanischen Paschtunen und Balutschen, regelmäßig wurde der "Paschtunistan-Tag" als staatlicher Feiertag begangen, und einer der zentralen Plätze Kabuls trug den Namen "Paschtunistan-Platz". Bei den Kraftproben mit Pakistan zog allerdings stets Afghanistan den kürzeren, weil Pakistan

die Transitwege vom Hafen Karachi blockieren konnte, auf die Afghanistan als Binnenland besonders angewiesen ist. Während der DVPA-Regierungszeit, und besonders in der Phase der paschtunisch dominierten Khalq-Fraktion (1978/79), lebten irredentistische Töne in Afghanistan auf. Aber auch Babrak Karmal (1979-86) und Najibullah (1986-92) warfen die Paschtunistan-Frage als Gegengewicht zur pakistanischen Unterstützung für die Mujahedin in die Waagschale. Mehrere Paschtunen- und Balutschenführer, darunter die Chefs der 'Awami National Party' Khan Abdul Dshaffar Khan und dessen Sohn Abdul Wali Khan, lebten lange Jahre in Kabul. Kabul versuchte auch wiederholt die paschtunischen Stämme in den quasiautonomen "Tribal Areas" der NWFP zu instrumentalisieren, die sich gegen Einschränkungen ihres Status durch die pakistanischen Behörden wehrten.

#### Ab 1992: Pakistan erstrebt Kontrolle

Diese Probleme kommen auch am Rande der gegenwärtig, aber aus anderen Gründen, gespannten afghanisch-pakistanischen Beziehungen wieder hoch. Die Paschtunistan-Frage spielt dabei gegenwärtig (noch?) keine Rolle; jedenfalls sind keinerlei derartige Äußerungen irgendeiner der wichtigen Mujahedin-Fraktionen bekannt.

Das hat in erster Linie damit zu tun, daß die gegenwärtige Regierung in Kabul unter "Interimspräsident" Burhanuddin Rabbani von Tajiken dominiert wird, die etwa ein Fünftel der afghanischen Gesamtbevölkerung ausmachen. Die afghanischen Tajiken sahen traditionell die "Paschtunistan-Frage" nicht als die ihre an. Das gleiche gilt für die beiden anderen nichtpaschtunischen Fraktionen in Afghanistan, die usbekisch dominierte 'Nationale Islamische Bewegung' des Warlords Abdurraschid Dostam und die schiitische Einheitspartei, die sich vor allem auf die Hazara-Nationalität stützt. Die übrigen sechs wichtigen Fraktionen rekrutieren sich zwar überwiegend aus den Paschtunen (etwa 50 Prozent der afghanischen Gesamtbevölkerung), waren bzw. sind aber bereits seit ihrem Kampf gegen die Republik Dauds (1973-78) in hohem Maße auf die Unterstützung bzw. Duldung Pakistans angewiesen. Zudem herrscht gerade unter den Mujahedin eine große Dankbarkeit gegenüber Pakistan, das die Afghanen in ihrem Kampf gegen die sowjetischen Besatzer unterstützt und über 3,5 Millionen afghanischen Flüchtlingen Zuflucht gewährt hatte.

Trotzdem wächst heute unter den Afghanen das Gefühl, daß Pakistan in Afghanistan zunehmend eigene Ziele



Schon seit vielen Jahren hat die Kalaschnikow "Hochkonjunktur" (Foto: Susanne Thiel)

verfolgt, die den nationalen Interessen Afghanistans zuwiderlaufen. Nach Ansicht der Mujahedin ist Islamabad - bzw. die verschiedenen dortigen Interessengruppen (ISI, Militär, Regierung, islamische Parteien) - nicht an einer stabilen Mujahedin-Regierung interessiert. Aber nur die Partei Rabbanis und viele Exilafghanen sprechen das aus den bereits angeführten Gründen offen aus.

Ein erster Anlaß für die zunehmende Distanz war die Schließung der Grenze durch Pakistan Anfang 1994, nachdem in Kabul neue Kämpfe zwischen verfeindeten Mujahedin-Gruppen ausgebrochen waren. Zehntausende Einwohner, die erneut nach Pakistan fliehen wollten, wurden abgewiesen.

## Zuspitzung 1994: Die Taliban kommen ins Spiel

Die Situation spitzte sich besonders zu, nachdem Ende 1994 die Taliban als neuer militärischer Akteur in der afghanischen Arena auftauchte. Wenn auch eindeutige Beweise fehlen, spricht vieles dafür, daß sie aus bzw. über pakistanische Quellen ausgerüstet und finanziert werden; lediglich Islamabad bestreitet dies verständlicherweise nachhaltig. Die Taliban, die innerhalb eines Jahres etwa halb Afghanistan unter ihre Kontrolle brachten, stellen für alle afghanischen Fraktionen eine erhebliche Gefahr dar, weil sie mit dem Anspruch angetreten sind, im Land wieder Ordnung und Sicherheit herzustellen, und die "traditionellen" Mujahedin-Chefs ob ihrer Greuelthaten als "unislamisch" brandmarken. Damit bedrohen sie deren einträgliche Machtpositionen ebenso wie den Lebensunterhalt vieler junger Afghanen, die nur das Waffenhandwerk kennen. Besonders gefährdet wird von den Taliban allerdings die Rabbani-Regierung - einfach weil sie derzeit die Macht in Kabul ausübt.

Mit der Förderung der Taliban verfolgt Pakistan offensichtlich das Ziel, von der einseitigen Ausrichtung seiner Afghanistan-Politik auf den Radikalislamisten Hekmatyar loszukommen, die sich während des Krieges gegen die sowjetische Besetzung (1979-89) unter Militärdiktator Zia-ul-Haq herauskristallisierte. Hekmatyar wurde von seinem Hauptgeldgeber Washington als effektivste Kraft gegen "den Kommunismus" in Afghanistan betrachtet. Vor diesem Argument traten Erkenntnisse über seine bereits damals sichtbare, letztendlich "anti-westliche" ideologische Ausrichtung in den Hintergrund. (Vermutlich ging Washington davon aus, ihn im Bedarfsfall "domestizieren" zu können. Das hat sich spätestens angesichts Hekmatyars Parteinarbeit für Saddam Hussain im 2. Golfkrieg als Illusion

erwiesen.) Pakistan war das nur recht. Es war einzig und allein daran interessiert, sich den USA gegenüber als unerzetzlicher Verbündeter zu profilieren und umfangreiche Waffenlieferungen an Land zu ziehen - angeblich gegen die sowjetische Bedrohung aus Afghanistan, tatsächlich gegenüber seinen Feind Nr. 1, Indien. Das pakistanische Engagement war in erster Linie "Indien-", nicht "Afghanistan-Politik".

Darüber, was hinter Pakistans gegenwärtigem Afghanistan-Engagement steckt, gibt es verschiedene Spekulationen. Die zwei Hauptthesen: Es gehe Pakistan um den afghanischen Transitweg zu den Märkten in den mittelasiatischen GUS-Staaten bzw. es vollführe im Auftrag einer fremden Macht (der USA) globalstrategische Schachzüge in Richtung Iran - oder beides gleichzeitig. Die von Afghanen oft geäußerte Vermutung, Pakistan wolle ein starkes Afghanistan verhindern, das von seinem prestigeträchtigen Sieg über die Sowjetarmee profitiere, hört sich hingegen eher nach einer Verschwörungstheorie an. Erklärungen der "interessierten" Seiten zu diesem Thema sollten ohnehin stets sehr vorsichtig betrachtet werden. Von den Hintergründen abgesehen hat sich die Taliban-Variante jedenfalls bisher ebensowenig bewährt wie die einstige "Hekmatyar-Karte": Kabul war - jedenfalls bisher - militärisch nicht einzunehmen.

Geht man von der These aus, Pakistan betreibe in Afghanistan vor allem "Indien-Politik", dann wären sowohl die Politik General Zias als auch die jetzige der Regierung Bhutto kontraproduktiv. Gerade die von Pakistan geförderte Instabilität in Afghanistan lieferte dem Erzfeind Indien die Handhabe, sich dort einzumischen und Pakistan in eine Art Zweifronten-Bedrohung zu manövrieren.

## 1995: Beziehungen auf Gefrierpunkt

Auch die Beziehungen zur Kabuler Rabbani-Regierung sind auf einen fast präzedenzlosen Gefrierpunkt gesunken. Wenige Tage, nachdem im August 1995 Pakistans Außenminister Sardar Assef Ahmed Ali "Interimspräsident" Rabbani bei einem Kabul-Besuch massive Waffenkäufe in Indien und vor allem eine (zugunsten Indiens) veränderte Haltung in der Kaschmir-Frage vorgeworfen hatte - Kabul hatte das Niederbrennen des wichtigen muslimischen Schreins in Shahr-e Sharif (Kaschmir) nicht verurteilt -, stürmten die Taliban am 4. September die drittgrößte Stadt Afghanistans, Herat. Am folgenden Tag schreibt der afghanische Außenminister Najibullah Lafrayi an UN-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali, "daß die ausländische Einmischung in die inneren Ange-

legenheiten Afghanistans, insbesondere durch Pakistan, einen gefährlichen Scheitelpunkt erreicht hat. (...) Seit dem Sieg der islamischen Revolution in Afghanistan hat Pakistan den Krieg in Afghanistan durch verschiedene politische und militärische Winkelzüge immer intensiver angefacht und seine Marionetten, die Taliban-Gruppe, mit Personal und Ausrüstung dabei geholfen, im Westen Afghanistans die Oberhand zu gewinnen." Vizeaußenminister Abdurrahim Ghafurzai verliert die Vorwürfe vor der UN-Vollversammlung; Präsidentensprecher Aziz Morad bezeichnet die Taliban als "Pakistans Stellvertreterarmee für eine Invasion". Am gleichen Tag meldete Radio Afghanistan, die Taliban würden von zwei ISI-Offizieren angeführt, einem Major Imam und einem Major Gul, und verglich die pakistanische Einmischung sogar mit dem sowjetischen Einmarsch von 1979.

Diese Beschuldigungen führten zu einer Demonstration von 5.000 Afghanen vor der pakistanischen Botschaft in Kabul, die gestürmt und in Brand gesetzt wird. Neben mehreren afghanischen und pakistanischen Wachen kommt ein Botschaftsmitarbeiter ums Leben, weitere werden zum Teil schwer verletzt. Islamabad beschließt, das gesamte Personal zu evakuieren, und wirft der afghanischen Regierung vor, den Überfall organisiert zu haben. Wenige Tage später lehnt Kabul eine von Premierministerin Benazir Bhutto geforderte Entschuldigung für die Ausschreitungen ab und präsentiert der Presse drei angebliche pakistanische Spione. Im Gegenzug weist Pakistan 13 afghanische Diplomaten aus.

Eine zweite Runde des Schlagabtausches findet Mitte November statt. UN-Vermittler hatten einen neuen Friedensplan vorgelegt, der unter anderem die Machtübergabe Rabbanis an einen Übergangsrat aus 28 Personen vorsieht. Rabbani stimmt zu. Doch am 18. November bezeichnet der pakistanische Außenminister Assef in einem Interview mit 'The Muslim' den Plan als "unannehmbar"; er hoffe, die UN werden noch "einen besseren Plan" vorlegen. Pakistan will Rabbani im Gegensatz zur UN keinerlei künftige Rolle mehr zugestehen. Neue Einmischungsbeschuldigungen erhebt Kabul, nachdem die Taliban am 26. November bei massiven Bombenangriffen auf die afghanische Hauptstadt unter Zivilisten ein Massaker anrichten. Es heißt, es lägen Beweise vor, daß Pakistan den Taliban technische und finanzielle Hilfe bei der Reparatur ihrer Bomber geleistet habe. Der Regierungssprecher spricht von einem "Akt des Völkermords".

Die dritte Runde beginnt Mitte Dezember. Am 21. explodiert in einem Ba-

zar von Peshawar eine Bombe, die mehr als 60 Menschen das Leben kostet. Schnell kommen Beschuldigungen auf, sie sei ein Werk der afghanischen Regierung. Die pakistanische Regierung unterläßt jedoch peinlich genau jegliche offizielle Beschuldigung. Am 26. heißt es lediglich, man habe einen persischsprechenden Afghanen namens Abdul Matin als Täter ausgemacht.

Gleichzeitig finden bei der UN diplomatische Geplänkel statt, die kurz vor Weihnachten das Thema Afghanistan auf die Tagesordnung der Vollversammlung gesetzt hatte. Hier versucht der Kabuler UN-Gesandte Abdul Ghaffur Rawan Farhadi einen Resolutionsentwurf zu lancieren, in dem Pakistan der Einmischung in die inneren Angelegenheiten beschuldigt werden soll. Doch nur Indien will ihn unterstützen. Auf der Gegenseite legen 16 Staaten unter deutscher Federführung einen Entwurf vor, in dem die Kabuler Regierung wegen Waffen- und Drogenhandels sowie ihrer Unterstützung des internationalen Terrorismus verurteilt werden. Dieser erhält auch den Zuschlag. Kabul zieht daraufhin sein Papier wieder zurück. Als Gegenleistung wird in dem Text die Formulierung "afghanische Regierung" durch "von afghanischem Territorium ausgehend" ersetzt und damit die Verurteilung auch auf die Regierungsgegner ausgedehnt.

Dafür nutzt Kabul die Debatte vor versammeltem Haus, um seine Anklage in Richtung Islamabad doch noch loszuwerden. Vizeaußenminister Abdul Rahim Ghafurzai wirft der Regierung Bhutto vor, die Taliban "geschaffen und bewaffnet" zu haben, aber "die Unschuld zu spielen". Er bezeichnet dies als "widerwärtigen Akt". Pakistans UN-Botschafter Ahmed Kamal weist das als "wilde Anklage" eines in Bedrängnis geratenen Regimes zurück. Pakistan habe in dem Konflikt zwischen den Mujahedin-Gruppen "nicht Partei ergriffen", und Kabul wolle nur davon ablenken, daß Interimspräsident Burhanuddin Rabbani sein Amt nicht hergeben will.

Die Niederlage in der UN ist nicht der einzige diplomatische Rückschlag, den Kabul seit dem Frühjahr hinnehmen mußte, als an Rabbani und an den Taliban der UN-Plan zur Machtübergabe an einen Allparteienrat scheiterte. Nach dem Entzug der UN-Anerkennung folgte wenige Tage vor der UN-Debatte ein weiterer schmerzhafter Schlag: Während einer Außenministertagung der islamischen Staaten in Guinea forderten der afghanische Amtsinhaber Najibullah Lafrayi eine verstärkte Solidarität der einst gegen die Sowjetunion Verbündeten ein. Nur westliche Hilfsorganisationen, so Lafrayi, kümmerten sich derzeit überhaupt um die notleidende afghanische Bevölkerung. Aber er bekam zu hö-

ren, daß zuerst die Regierung in Kabul "auf eine breitere Basis" gestellt werden müsse. Pakistans Strategie, Afghanistan in die diplomatische Isolation zu manövrieren, ist aufgegangen.

Anders verhält es sich mit seinen Neutralitätsbeteuerungen. Selbst im eigenen Land meinen wichtige Zeitungen, daß sie Heuchelei sind. Pakistan habe beispielsweise mehrmals versucht, den usbekischen Warlord Dostam davon zu überzeugen, an der Seite der Taliban gegen Rabbani einzugreifen. Dies sei sowohl während Außenministers Assefs Afghanistan-Besuch im August, als er auch in Mazar-e Sharif und der Taliban-Hochburg Kandahar war, als auch während der Konsultationen von Premierministerin Bhutto Anfang November in Teheran und der usbekischen Hauptstadt Taschkent der Fall gewesen, schrieb die 'Friday Times' (Lahore) unter Berufung auf "ministerielle Quellen".

Sie zitiert außerdem einen Afghanistan-Experten im pakistanischen diplomatischen Korps: "Sie haben alles auf die Taliban-Karte gesetzt. (...) Das ist eine gefährliche Strategie, nicht nur in Hinsicht auf Afghanistan, das sich im-

mer wieder als kompliziertes Land erwiesen hat, sondern auch vis-à-vis Iran, mit dem wir immer sehr enge Beziehungen hatten."

Pakistan gehört gemeinsam mit Iran, Saudi-Arabien und Usbekistan tatsächlich zu den Hauptkriegstreibern in Afghanistan. Das hat auch amnesty international in seiner jüngsten Veröffentlichung über das zerstörte Land hervorgehoben - im Gegensatz zur UNO, die zwar die afghanischen Fraktionen zur Einstellung ihrer "Feindseligkeiten" aufgefordert hat, aber versäumte, auch seine Mitgliedsstaaten anzuprangern, die einen stetigen Strom von Waffen in das Land hineinleiten. Der folgenden Einschätzung des aus Frustration zurückgetretenen ehemaligen Vizeaußenministers Afghanistans, J. Schams, ist wenig hinzuzufügen: "Ich denke, daß wir uns in einem Sumpf befinden. Je mehr wir uns bewegen, desto mehr werden wir hineingezogen. Der Sumpf wird aber von außen bewässert. Wir müssen also ein Tau und einen starken Mann finden, der uns herauszieht - oder den Sumpf trockenlegen." Einer der wichtigsten Zuflüsse aber ist Pakistan.



Millionen afghanischer Flüchtlinge leben noch in Pakistan (Foto: Susanne Thiel)